Doppelter Geschichtsbruch

#### Peter Brandt · Dieter Segert Gert Weisskirchen (Hg.)

# **Doppelter Geschichtsbruch**

Der Wandel in Osteuropa nach der Helsinki-Konferenz 1975 und die Zukunft der europäischen Sicherheit



## Gefördert mit Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg.



Ministerium der Finanzen und für Europa

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0599-7

© 2024 by Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Abdruck und Übersetzung des Beitrags Petr Uhl/Zdenko Pavelka mit freundlicher Genehmigung des Verlags Torst, Prag [http://www.torst.cz].

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen

Umschlagbild: © picture alliance / PAP | LESZEK WDOWINSKI

Satz:

Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: Bookpress, Olsztyn

Alle Rechte vorbehalten Printed in Poland 2024

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

### Inhalt

Peter Brandt • Dieter Segert • Gert Weisskirchen  Einleitung
Entspannungspolitik und innere Umbrüche im Osten als Triebkräfte für die Beendigung des Kalten Krieges
Gert Weisskirchen Selbsttäuschung, Enttäuschung, Hoffnung: Umbrüche 1975, 1989, 1991
Klaus Ziemer Polens besonderer Weg im KSZE-Prozess
Kimmo Kiljunen Finnlands Sicherheitspolitik im europäischen Kontext – Gemeinsame Sicherheit
Péter Balázs         Wendepunkte der historischen Veränderungen in Europa aus ungarischer Sicht       145
Vladimír Špidla Letzte Jahre
Dieter Segert Die europäische Sicherheitspolitik als eine der Ursachen des staatssozialistischen Wandels

# 2) Dissidenten und andere Akteure des Wandels nach 1975

Adam Michnik  Angesichts des Rassen- und Klassenkampfes, oder über das  Zeichen des Widerstands und das Zeichen des Zwangs	207
Ainārs Dimants	20,
Von Helsinki-75 bis Helsinki-86: Das sowjetische vs. lettische Narrativ vom Sieg	241
Tomas Venclova	
Das Erbe des litauischen Dissidententums und die Gegenwart	255
Petr Uhl · Zdenko Pavelka Direkte Demokratie statt indirekter Demokratie?	275
Sonja Licht Die Studentenbewegung von 1968 und der	200
Zerfall Jugoslawiens	299
Stefan Wolle  Der lautlose Aufstand	
Der lautiose Aufstand	323
Michael Thumann	
Die Auflösung der Sowjetunion und der Mythos des Treffens im Belowescher Wald am 8. Dezember 1991	345
<ol> <li>Nichteingelöste Hoffnungen nach 1989 und mögliche Wege hin zu einer Ordnung gemeinsamer Sicherheit</li> </ol>	
Peter Brandt	
Vom diktatorischen Staatskollektivismus zum autoritären Oligarchenkapitalismus in Russland	359

Gernot Erler
Woher der Frost kommt
<b>Felix Jaitner</b> Der Weg in den Krieg
Robert Misik im Gespräch mit Anna Šabatová Die Freiheit und ihre Gefährdungen
Klaus Müller Polens politischer Kapitalismus – zwischen radikalen Reformen und ökonomischem Nationalismus
Holger Politt Polens politische Westeinbindung
Hans Misselwitz Alles auf Anfang?
4) Alternative Aussichten
Gert Weisskirchen Russland, Ukraine und Europa
<b>Dieter Segert • Peter Brandt</b> Gemeinsame Sicherheit statt Aufrüstung und Abschreckung 537
Nachwort der Herausgeber
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

#### Peter Brandt · Dieter Segert · Gert Weisskirchen

#### Einleitung

Dieses Buch ist aus der Zusammenarbeit für ein anderes hervorgegangen, dem Band über die auf den ersten Blick gescheiterten Aufund Umbrüche des Jahres 1968 im Osten Europas. Diese waren nur scheinbar ohne dauerhafte Folgen: Sie führten aus der Perspektive des Jahres 1989 hinein in das Ende des Ost-West-Konflikts. Dem damaligen Scheitern einer Reformalternative im osteuropäischen Staatssozialismus folgte 1975 die Konferenz von Helsinki 1975.

Diese Konferenz und der anschließende Helsinki-Prozess, insbesondere die Erfahrung, dass selbst diametral andersartige politische und wirtschaftliche Gegebenheiten kein unüberwindliches Hindernis für eine Friedenssicherung über den Abbau militärischer Spannungen sein müssen, ermöglichten weitere vertragliche Vereinbarungen, die das Ende des Kalten Kriegs, jenes Balancieren am Rande eines Dritten Weltkriegs, herbeiführten. Diese Schritte, die die erneute Zuspitzung des Ost-West-Gegensatzes in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre und letztlich den grundlegenden Konflikt überwinden halfen, wurden durch Einsichten führender Politiker auf

<sup>1</sup> Brandt, Peter/Weisskirchen, Gert (Hg.): Sozialismus mit menschlichem Antlitz: der Aufbruch in der Tschechoslowakei 1968 in seinem historischen Umfeld, Bonn 2022.

beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, in Washington ebenso wie in Moskau, möglich.

Die friedliche Regelung der Kuba-Krise im Herbst 1962 und das Interesse beider Supermächte, einen direkten militärischen Zusammenstoß zu vermeiden, schufen Raum für Entspannungsbemühungen europäischer Staaten, insbesondere in Gestalt der Neuen Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel. Die Stabilisierung des sowjetischen Staatssozialismus durch die Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen territorialen Realitäten ermöglichte andererseits auch entspannungsorientierten Politikern des sowjetischen Blocks, Kompromisse einzugehen und nach Gemeinsamkeiten mit dem Westen zu suchen.

Auch die jeweiligen Gesellschaften waren in den Jahrzehnten, in denen sich diese politische und militärische Entspannung entfaltete, andere geworden. Die mit »1968« bezeichneten Ereignisse und Prozesse hatten im Westen autoritäre kulturelle Muster abgebaut und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihrer westlichen Ausprägung für die übrige Welt anziehender gemacht. Im Osten blieben die durch die Niederschlagung des Prager Versuchs eines reformierten Sozialismus im Jahr 1968 frustrierten Hoffnungen auf Liberalisierung und Demokratisierung der betreffenden Gesellschaften lebendig und wurden durch die Bindung der jeweiligen Staatsführungen an die in Helsinki vereinbarten Prinzipien bestärkt. Insbesondere die Vereinbarungen zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gaben diesen Hoffnungen Auftrieb und legitimierten das Handeln von kritischen und oppositionellen Kräften in den Ländern des östlichen Europas. Helsinki-Gruppen vor allem auf dem Gebiet der Sowjetunion, die Charta 77 in der Tschechoslowakei, die polnische Gruppe zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) oder die Bürgerrechtszirkel und die unabhängige Friedensbewegung in der DDR verwiesen darauf, dass auch in den Gesellschaften Osteuropas nichts bleiben musste, wie es war. Als auch innerhalb der herrschenden Parteien dieser Staatengruppe die Einsicht von der Unvermeidlichkeit grundlegender Reformen Platz griff, gerieten die scheinbar unabänderlichen Machtverhältnisse im Osten in Bewegung. Die auf die landesweiten Massenstreiks der polnischen Arbeiter im Sommer 1980 mit Zugeständnissen reagierende polnische Parteiführung, die ungarischen Reformer der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre und der zeitgleiche Politikwechsel der sowjetischen Parteiführung unter M. Gorbatschow waren Etappen dieser Veränderung. Das Ende des sowjetischen Staatssozialismus vollzog sich 1989–1991 und führte zu einem grundsätzlichen Neuanfang der Entwicklung, zum ersten Geschichtsbruch seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Revolutionen haben auch früher den Abbruch der geschichtlichen Kontinuität beinhaltet. Die Hoffnungen, die sich mit Geschichtsbrüchen verbinden, werden indessen nicht selten enttäuscht. Die Revolutionen von 1989–1991 machten hier keine Ausnahme. Die gewonnenen politischen und individuellen Freiheiten wurden anfangs durchweg begrüßt, aber die marktradikale kapitalistische Richtung und die sozialen Härten des Transformationsprozesses standen in einem Spannungsverhältnis mit den Zielen und der Bewegungsdynamik dieser revolutionär-demokratischen Volksbewegungen. Indem sich liberale und postkommunistische Parteien der vermeintlich alternativlosen Logik des Transformationsprozesses unterwarfen, begünstigten sie den späteren Aufstieg rechtspopulistischer, antiliberaler Kräfte. Heute bedrohen diese Tendenzen die Einheit und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.

Die in den späten 1970er-Jahren begonnene Entfesselung des globalen Marktkapitalismus wurde durch den Umschwung im östlichen Europa beschleunigt und wirkte auf jene wiederum zurück. Auch die aus dem Helsinki-Prozess entstandenen Fundamente einer europäischen Friedensordnung, deren Ausbau in der »Charta von Paris« im November 1990 anvisiert wurde, erwiesen sich nicht als dauerhaft. Das Zerbröseln der Macht einer der vertragschließenden Seiten, der Sowjetunion, welche von manchen im Westen als Erfolg angesehen wurde, erwies sich als nachteilig für die Stabilität der angestrebten Ordnung. Besonders die Nachfolgestaaten der auseinanderfallenden föderativen Staaten Sowjetunion und Jugoslawien kämpften mit den Problemen des Zerfalls. Auch die aus dem vermeintlichen Sieg über den Gegner erwachsende Hybris in einigen

Kreisen der Elite des Westens war außerordentlich problematisch. Die Unsicherheiten einer entgrenzten Welt, die Verschiebung der globalen Kräfteverhältnisse durch den Aufstieg mancher Staaten des Südens, terroristische Aktivitäten sowie die Weltfinanzkrise von 2008/2009 wirkten ebenfalls destabilisierend.

Nach einer Reihe von Erfolgen bei Rüstungsbegrenzung und Vertrauensbildung wurden die Fundamente der Ordnung gleicher Sicherheit schon in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wieder brüchig. Heute sind sie zertrümmert. Das ist aus Sicht der Herausgeber dieses Buches ein zweiter Geschichtsbruch in historisch kurzer Zeit. Er ist von einer anderen Art als der erste, ähnelt eher den historischen Diskontinuitäten, die zu ernsten Befürchtungen Anlass geben. Das mit ihm einhergehende Ende des Helsinki-Prozesses befeuert das Wettrüsten und erhöht die Spannungen zwischen den Weltmächten. Es ist eine fatale Folge jener Situation, dass die derzeit dringendste Aufgabe der Menschheit, die effektive Bekämpfung der globalen ökologischen Krise, dadurch verzögert wird. Eine kriegerische Konfrontation mit den modernisierten Atomwaffen, ein Dritter Weltkrieg, rückt währenddessen wieder in den Bereich des Möglichen. Aber auch hier gilt, dass die Geschichte offen ist. Eine Rückkehr zur Politik der Friedenssicherung ist möglich, wenn sie politisch gewollt wird.

Im Buch werden die hier angesprochenen geschichtlichen Prozesse in drei Abschnitten reflektiert: In einem ersten Teil werden Entspannungspolitik und innere Umbrüche im Osten als Triebkräfte für die Beendigung des Ost-West-Konflikts beschrieben. Ein zweiter Teil, in dem vorwiegend Autoren zu Wort kommen, die selbst als Oppositionelle am Umbruch mitgewirkt haben, werden die Akteure jenes Wandels in den Ländern des östlichen Europas dargestellt. Ein dritter Abschnitt führt in die Zeit nach 1989–1991 ein und stellt die Frage, wie es zum zweiten Geschichtsbruch gekommen ist, der mit dem Krieg in der Ukraine manifest geworden ist.

Unter den Autorinnen und Autoren sind Zeitzeugen, Politiker, Journalisten und Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas sowie aus Deutschland. Sie vertreten in ihren Texten ihre eigenen Sichtweisen und Erfahrungen, die nicht in jedem Fall mit denen der Herausgeber übereinstimmen. Wir sind aber der Überzeugung, dass es nicht die eine Wahrheit gibt, sondern dass sich Einsichten aus der gegenseitigen Kenntnisnahme verschiedener Interpretationen wichtiger Ereignisse und Umbruchsprozesse und dem daraus folgenden Diskussionsprozess ergeben. In diesem Sinne sind wir allen Autorinnen und Autoren unseres Buches dankbar für ihre Anregungen und hoffen, dass deren Präsentation reichlich Stoff für die erforderlichen Diskussionen über Alternativen zum gegenwärtigen Zustand der Welt und Wegen aus der akuten Krise der Menschheit unterstützen wird.

## 1) Entspannungspolitik und innere Umbrüche im Osten als Triebkräfte für die Beendigung des Kalten Krieges

#### Gert Weisskirchen

### Selbsttäuschung, Enttäuschung, Hoffnung: Umbrüche 1975, 1989, 1991

Keine 15 Jahre dauerte die Ordnung noch an, die 1945 in Jalta geschaffen worden war, als 1975 in Helsinki ein multilaterales Übereinkommen erzielt wurde. Es sollte mithelfen, die Welt zu verändern. Der Wille der Sowjetunion war es, die Machtkonstellation, die nach dem Sieg über Hitler-Deutschland mit den USA, Großbritannien und Frankreich entstanden war, festzuzementieren. In der Gewissheit, die kommunistische Herrschaft im europäischen Osten auf lange Zeit sichergestellt zu haben, verließen die Parteichefs des Warschauer Pakts, an der Spitze der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 1. August 1975. In ihrer Schlussakte, unterzeichnet von 35 Repräsentanten der staatlichen Verhandlungspartner, erklärten sie sich gegenseitig, sich auf die Einhaltung von übereingekommenen Prinzipien zu verpflichten. Gleiche Souveränität, Unverletzlichkeit der Grenzen und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten waren nun zu Leitprinzipien geworden, mit denen sich die Teilnehmerstaaten wechselseitig anerkennen wollten. 1989 wurde alles anders. Die politische Ordnung, die hätte eingefroren werden sollen, brach um. Plötzlich erschien der Horizont für politisches Handeln offen für andere Möglichkeiten. Und die Sicht auf die Beziehungen zwischen  Entspannungspolitik und innere Umbrüche im Osten als Triebkräfte für die Beendigung des Kalten Krieges

einer aktiven Bürgerschaft, der Verfasstheit des Staates und der zwischenstaatlichen Organisationen wurde neu bestimmt. Die Demokratie setzte sich friedlich durch. Eine Welt entstand, wie sie zuvor als kaum vorstellbar schien. Die Geburtshelfer mussten Gewalt nicht einsetzen. Die Besitzer der Machtinstrumente hielten sie im Übergang von der Diktatur zur Demokratie zunächst zurück und gaben sie schließlich auf.

#### Auf dem Weg in eine neue Ära

Wie kam es zum zumeist unblutigen Sturz der alten Ordnung und warum verlief er weitgehend gewaltfrei? Kataraktartig implodierten die Stützpfeiler einer im Inneren hohl gewordenen Staatlichkeit zu Beginn des Annus mirabilis 1989. Von Polen aus breiteten sich politische Schockwellen seit Juni dieses Jahres in alle Länder des Warschauer Pakts aus, bis sie schließlich, in Moskau angekommen, den Zerfall der Sowjetunion 1991 beschleunigten. In nicht einmal 24 Monaten endete das Projekt der kommunistischen Diktatur, das in St. Petersburg 74 Jahre zuvor, im Oktober 1917, seinen Anfang genommen hatte. Fast 70 Jahre hatte es gebraucht, die Sowjetunion im Dezember 1922 zunächst zu konstruieren, sie sodann zu konsolidieren, gegen den Überfall von Hitler-Deutschland zu verteidigen, mit großen Anstrengungen die Aggressoren zu besiegen und sie schließlich als nukleare Supermacht nach außen zu starrer Größe aufwachsen zu lassen. Weil sie jedoch, mindestens seit dem Niederwerfen der Aufbrüche in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968, ihre internen Widersprüche nicht mehr zu bändigen vermochte, begrenzten sich die Handlungsmöglichkeiten für die KPdSU nach dem Ende der Ära von Leonid Breschnew nur noch auf die Wahl von zwei Optionen. Entweder hätte sie sich zu einer demokratischen Revolution durchkämpfen oder eine diktatorische Restauration etablieren müssen. Zu Beginn der 1980er-Jahre des letzten Jahrhunderts schwankten Teile der Führung der KPdSU, welche der beiden Entwicklungspfade sie bevorzugen sollten. Michail Gorbatschow öffnete 1985 nach seiner Wahl zum Generalsekretär ein neues Kapitel der Geschichte. Die sechs Jahre, die ihm blieben, um einen Demokratisierungskurs in die Tat umzusetzen, waren jedoch zu knapp bemessen, um einen tiefgreifenden positiven Wandel der Sowjetunion voranzutreiben. Den Verlust ihrer Macht vor Augen, rebellierte der Teil der Führung der KPdSU, der um seine Privilegien fürchtete, während ein anderer Teil der Führung sich der neuen Form des russischen Nationalismus anschloss. Die Erklärung von Alma Ata in den letzten Dezembertagen von 1991 besiegelte das Ende der Sowjetunion. Allerdings war mit der Absage an die Breschnew-Doktrin, die Michail Gorbatschow in Helsinki am 25. Oktober 1989 verkündete, bereits ein zusätzliches Momentum entstanden, das die Geschwindigkeit der Änderungsdynamik beschleunigt hatte. »Keine Anwendung von Gewalt kann gerechtfertigt werden«, auch nicht innerhalb von Militärallianzen, schrieb Iswestija tags darauf, über das Treffen zwischen Gorbatschow und dem finnischen Präsidenten Mauno Koivisto berichtend. Die Sinatra-Doktrin war geboren: >My way < war nun im Warschauer Pakt möglich geworden. Das Rennen um die staatliche Anerkennung der bisherigen Sowjetrepubliken, die seit 1922 in die UdSSR einbezogen waren, hatte begonnen. Die Baltischen Staaten waren 1940, nach dem Hitler-Stalin-Pakt, in die Sowjetunion eingegliedert worden, wie auch die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik. Der Kampf um die Unabhängigkeit von Estland, Lettland und Litauen kostete Menschenleben. Der UdSSR fiel der Abschied schwer. Der harte Kern der KPdSU wollte sich nicht damit abfinden und setzte militärische Gewalt in Vilnius am 13. Januar 1991 ein. Das Verlangen nach nationaler Selbstbestimmung war jedoch stärker. Vierzehn Menschen starben für ihre kollektiven Freiheitsrechte. Die Antwort der litauischen Bevölkerung war klar und unmissverständlich. In einem Referendum entschied sie sich wenige Wochen später für ein unabhängiges Litauen. Schon am 29. Dezember 1989 hatte der Oberste Sowjet Lettlands mit großer Mehrheit den politischen Vorrang der Kommunistischen Partei abgeschafft. Danach waren auch andere politische Parteien für folgende Wahlen zugelassen. Die »singende Revolution« in den baltischen Republiken wirkten wie Fanfarenstöße. Sie erklangen am Schluss

der 1980er-Jahre des 20. Jahrhunderts, erfassten die Herzen der Balten und setzten ihre Kräfte für den friedlichen Wandel frei. Der Ton für den Beginn des Endspiels der Sowjetunion war gesetzt.

Der politische Sieg in Helsinki 1975 hatte sich in eine dramatische Niederlage verwandelt. Angeführt von Leonid Breschnew sahen sich die Führungen nach Jahren intensiver Verhandlungen in ihrer hegemonialen Machthierarchie zu Beginn gefestigt. Der Westen hatte sie als real existierend anerkannt, sie als gleichberechtigte Partner behandelt und nach dem diplomatischen Abschluss Prozesse in Gang gesetzt, die weiterführende Erfolge versprachen, die Zusammenarbeit in ökonomischen Beziehungen, kulturellem Austausch und militärischen Abkommen zu vertiefen. Obwohl in Ungarn und in der Tschechoslowakei die Aufbrüche aus dem Inneren des Ostblockseblutig erstickt worden waren und obwohl damit die Breschnew-Doktrin bestätigt schien, hatte sich der Westen auf das Risiko eingelassen, mit einem zweifachen Konzept dem Osten zu begegnen.

1966 war offenkundig geworden, dass die NATO sich entweder erneuern oder eine Phase der inneren Gefährdung hinnehmen müsste. Im westlichen Militärbündnis »ging die Angst um, ausnahmsweise nicht vor dem russischen Bären«, notiert Werner Sonne, »sondern vor sich selbst.«¹ Charles de Gaulle hatte seinen Platz in der NATO geräumt und seine Politik des leeren Stuhls verlangte eine strategische Neubestimmung der transatlantischen Allianz. Pierre Harmel, Außenminister von Belgien, war beauftragt worden, die Gefahr eines zentrifugalen Auseinanderdriftens des Bündnisses konzeptionell zu beantworten. Willy Brandt stellte ihm am 20. Februar 1967 drei Schlüsselfragen: »1. Wie könnten die Mitglieder der Allianz die neuen Ost-West-Beziehungen und die Entspannung für ihre Interessen nutzen [...]? 2. Wie könnten die europäischen Staaten im NATO-Rahmen ihre Solidarität untereinander stärken [...]? 3. Wie könnte die politische und militärische Solidarität im Atlantischen

<sup>1</sup> Werner Sonne: Leben mit der Bombe. Atomwaffen in Deutschland, Wiesbaden 2020, S. 271.